

(A)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

(B)

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 10 auf:

- Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation „ALTHEA“ zur weiteren Stabilisierung des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina im Rahmen der Implementierung der Annexe 1-A und 2 der Dayton-Friedensvereinbarung sowie an dem NATO-Hauptquartier Sarajevo und seinen Aufgaben, auf Grundlage der Resolution des Sicherheitsrates der Ver-**

**einten Nationen 1575 (2004) und Folgeresolutionen** (C)

– Drucksachen 17/7577, 17/7997 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Philipp Mißfelder  
Dr. Rolf Mützenich  
Dr. Rainer Stinner  
Sevim Dağdelen  
Marieluise Beck (Bremen)

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

– Drucksache 17/7999 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Herbert Frankenhauser  
Klaus Brandner  
Dr. h. c. Jürgen Koppelin  
Michael Leutert  
Sven-Christian Kindler

Über die Beschlussempfehlung werden wir später namentlich abstimmen.

Hierzu ist verabredet, eine halbe Stunde zu debattieren. – Dazu sehe und höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich gebe das Wort dem Kollegen Dr. Rainer Stinner für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D)

**Dr. Rainer Stinner (FDP):**

Frau Präsidentin! Auch nach 16 Jahren Engagement in der Region, um die es nun geht, müssen wir feststellen: Der militärische Einsatz, den wir damals begonnen hatten, war notwendig. Im Rückblick können wir sagen: Er war außerordentlich erfolgreich.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Na ja!)

Er hat dazu geführt, dass die grausamen Bilder, die wir alle noch in Erinnerung haben, der Vergangenheit angehören, dass die Situation in Bosnien-Herzegowina wesentlich besser geworden ist und wir jetzt von einem friedlichen Umfeld reden können.

Erinnern wir uns daran: Wir hatten ursprünglich über 50 000 Soldaten in der Region. Jetzt sind es noch einige Hundert, vielleicht tausend. Insgesamt sind gegenwärtig nur noch vier deutsche Soldaten in Bosnien-Herzegowina stationiert – nur noch vier.

Aber natürlich ist es auch weiterhin wichtig und richtig, dass wir als Europäer in diesem geschundenen Land militärische Präsenz aufrechterhalten, und zwar aus symbolischen Gründen. Wir wollen deutlich machen, dass wir nicht gewillt sind, eine Rückkehr in alte Zeiten zuzulassen, dass wir nicht gewillt sind, dass wieder Bürgerkriegssituationen entstehen.

Aus diesem Grunde umfasst das Mandat auch die Ermächtigung, dass wir neben den Soldatinnen und Soldaten vor Ort ein Reservebataillon vorhalten – „over the

**Dr. Rainer Stinner**

- (A) horizon“, nennt man das –, das bei Bedarf eingeflogen werden kann, um eventuell notwendige Maßnahmen dort durchzuführen. Das ist völlig richtig; das ist wichtig. Aus diesem Grunde ist auch die Obergrenze des Mandats mit 800 Soldaten völlig richtig. Wir erinnern uns: Ein Bataillon hat circa 600 Leute, mit Unterstützung circa 700 Leute. Das Mandat ist völlig richtig zugeschnitten.

Aber natürlich wissen wir alle, dass das nur eine Seite der Medaille ist. Worauf es auch hier wieder ankommt – wir können zu diesem Bereich ähnliche Reden halten wie zuvor –: Es ist uns klar: Das Militär ist nur ein Teil der Problemlösung gewesen. Die wesentliche Problemlösung muss natürlich auch in Bosnien-Herzegowina auf der politischen Ebene erfolgen. Hier sehen wir leider bis zum heutigen Tag nicht die Erfolge, auf die wir alle gewartet haben und die dringend notwendig sind, um das Land zu befrieden, um das Land vor allen Dingen innerlich zu befrieden, um das zu erreichen, was wir ja wollen: im Sinne des europäischen Lebensgefühls gute Nachbarschaft hervorzurufen. Von guter Nachbarschaft ist man bedauerlicherweise in Bosnien-Herzegowina heute nach wie vor meilenweit entfernt. Das bedauern wir außerordentlich.

Aus diesem Grunde ist auch weiterhin internationale Unterstützung, internationale Präsenz in diesem Land politisch notwendig.

- (B) Jetzt kommt routinemäßig, liebe Frau Beck – ich kann es uns beiden nicht ersparen –, unsere Auseinandersetzung über die Rolle des OHR. Ich bin nachhaltig dafür – die Bundesregierung ist es auch –, dass die Rolle des OHR überflüssig geworden ist und deshalb abgeschmolzen werden soll.

Wir haben mittlerweile einen europäischen SR, einen europäischen Special Representative, Herrn Sörensen. Er hat seine Arbeit gerade aufgenommen, und ich höre, dass er in der Region sehr gut ankommt und sehr gut angenommen wird, dass er mit dem richtigen Ton, mit der richtigen Intention in die Region hineingeht. Genau das muss die Richtung sein: mit europäischen Instrumenten, mit europäischen Wertehaltungen das Land näher an die Europäische Union zu bringen.

(Beifall bei der FDP – Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die CDU/CSU klatscht nicht!)

Wir alle wissen aber auch: Mit dem Rahmen, den wir geben, sowohl durch die Bereitschaft, militärisch noch präsent zu sein, wenn es denn notwendig ist – zum Glück war das ja schon lange nicht mehr der Fall –, als auch durch die Bereitschaft, politisch flankierend tätig zu sein, können wir nur eine Hilfestellung geben. Die Botschaft an das Land Bosnien-Herzegowina muss ein weiteres Mal lauten: Die Tür nach Europa steht offen. Durch die Tür müsst ihr, muss Bosnien-Herzegowina, selber gehen. Dabei können wir euch nur unterstützen. Aber den Weg müsst ihr selber beschreiten, so schwer er auch sein mag.

Wir erleben im Augenblick die Situation, dass Bosnien-Herzegowina anderthalb Jahre nach der Wahl noch

- keine Regierung hat. Das ist auch in einem anderen Land in Europa der Fall. Natürlich ist das auf Dauer nicht wünschenswert. Deshalb: Da das so ist und wir eine andere Situation nicht erzwingen können – wie sollten wir das auch tun? –, müssen wir versuchen, um eine Regierung herum zu helfen. Das heißt, wir müssen versuchen, an konkreten Projekten zu arbeiten und so Unterstützung zu geben, damit die Lebenswirklichkeit der Menschen und die wirtschaftliche, die gesellschaftliche und die Rechtssituation in Bosnien-Herzegowina verbessert werden, sodass die Leute merken, dass es Fortschritte gibt und diese Fortschritte durch unsere Hilfe zustande kommen. Das betrifft zum Beispiel den Justizdialog und den Aufbau eines Justizwesens. Hier können wir Projekte anstoßen und durchführen, ohne dass wir unbedingt auf eine Regierung – es wäre natürlich besser, wenn es eine gäbe – eingehen müssen.

Wir wissen natürlich auch, welche Blockaden es in Bosnien-Herzegowina gibt. Wir sind uns sehr einig – auch wir beide, Frau Beck –, wenn ich sage, dass Herr Dodik ein Störfaktor erster Ordnung ist und dass mittlerweile auch die Kroaten – Herr Covic – alles andere als eine positive Rolle spielen, wenn es darum geht, einen gemeinsamen Staat aufzubauen. Wir sagen aber sehr deutlich, auch hier und heute: Wir werden nicht erlauben, dass hier Desintegrationstendenzen Platz greifen, sondern wir erwarten, dass Bosnien-Herzegowina gemeinsam den Weg nach Europa gehen kann. Andernfalls wird dieser Weg für dieses Land außerordentlich schwierig sein.

- (D) Es gibt allerdings eine weitere Möglichkeit, mit dieser Situation umzugehen. Wenn es nicht möglich ist, dass Bosnien-Herzegowina die Reformen, die notwendig sind, von sich aus in Angriff nimmt, dann müssen wir dafür sorgen, dass um Bosnien-Herzegowina herum ein Cordon von Staaten entsteht, die schrittweise näher an Europa herankommen. Das Thema Montenegro haben wir diese Woche behandelt. Was Serbien betrifft, gibt es gegenwärtig Schwierigkeiten. Ich gehe zum jetzigen Zeitpunkt davon aus, dass wir dem Land am 9. Dezember dieses Jahres in Brüssel nicht den Kandidatenstatus verleihen können. Wir haben den Serben in ganz einfachen, platten Worten gesagt: Wenn sich nichts ändert, ändert sich nichts. – Hier muss an die Serben appelliert werden, dass sie weitere Schritte unternehmen. Wenn sie keine signifikanten Fortschritte machen, dann müssen wir sagen: Liebe Leute, wir können euch diesen Status jetzt noch nicht geben, obwohl wir bereit sind, diesen Weg mit euch gemeinsam zu gehen.

Das gilt auch für andere Länder, zum Beispiel für Mazedonien; auch hier müssen wir etwas tun. Ich glaube, diesen Weg sollten wir gehen. Wir müssen das Commitment, das wir 2003 gemeinsam gegeben haben, einhalten und deutlich machen: Der westliche Balkan ist Teil Europas, und er soll Teil einer friedlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Europäischen Union sein. Diesen Weg wollen wir gehen und unterstützen.

Ein Beitrag dazu ist die Verlängerung des Mandats, die wir heute beschließen. Meine Fraktion wird der Ver-

**Dr. Rainer Stinner**

- (A) längerung des Mandats heute ein weiteres Mal zustimmen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Michael Groschek spricht jetzt für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Michael Groschek (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, auch wir werden der Mandatsverlängerung zustimmen. Ein ehemals sehr großes europäisches Militäengagement wird jetzt im Grunde in eine Ausbildungsmission umgewandelt, bei der das Militär nur noch der kleinste Teil, der zu mandatierende Teil ist.

Althea ist ein gutes Beispiel für eine funktionierende zivil-militärische Kooperation und ein gutes Beispiel für eine funktionierende Kooperation zwischen NATO und EU und zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten der EU. Es war nicht selbstverständlich, dies zu prognostizieren; denken Sie nur an den Beginn der Mission. Aber seit 2004, als durch den Einsatz von 7 000 Militärs aus SFOR EUFOR wurde, ist dieses Mandat einem Wandel unterzogen worden, der noch im letzten Jahr zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Kollegin Beck und dem Kollegen Stinner geführt hat. Vor einem Jahr ging es um die Frage: Rückzug und Wandel – ist das Flucht aus der Verantwortung? Das war jedenfalls – zugespitzt – die Formulierung der Kollegin Beck. Der Vorwurf war, die Darstellung der Beendigungsperspektive in Bezug auf das Mandat sei pure Schönrederei, weil sie in Deutschland zwar innenpolitisch notwendig, aber angesichts der Sicherheitslage außenpolitisch verantwortungslos sei.

(B)

Ich glaube, wir sind heute einen Schritt weiter. Die militärische Sicherheitslage in Bosnien-Herzegowina ist durchaus als solide zu bezeichnen. Politisch gibt es wesentlich größere Probleme. Diese hat die CDU/CSU auch auf den Punkt gebracht. In der Sitzung des Verteidigungsausschusses haben die Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU sehr deutlich gemacht, dass militärische Präsenz nicht die Ausrede für außenpolitische Orientierungs- und Ratlosigkeit sein darf.

Diesen Vorhalt können wir nur teilen. Wir glauben, dass unter anderem auf dem Balkan die Orientierung der deutschen Außenpolitik verloren gegangen ist und dass hier deshalb im Grunde über ein Mandat diskutiert wird, ohne eine klare Orientierung dafür zu haben, was wir jenseits dieser Mandatierung wollen und wie wir die Einladung, die 2003 ausgesprochen wurde – im Hause Europas sind noch Zimmer frei –, in die Tat umsetzen wollen. Hier würden wir uns eine aktivere deutsche außenpolitische Rolle wünschen. Hier können wir Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU, nur unterstützen, sich in der Koalition durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Seit 2003 gilt: Der Westbalkan gehört zu Europa. Auch Serbien gehört zu Europa, aber Serbien hat eine

doppelte Verantwortung: sowohl für Bosnien-Herzegowina als auch für den Kosovo und den Norden des Kosovo. Serbien muss wissen, dass aggressive Rhetorik, Nationalismus und Revanchismus kein Schlüssel für den Beitritt in das Haus Europa sein kann und dass es durch ein solches revanchistisches Verhalten und das Fördern von Nationalismen keine Eintrittskarte für die Europäische Union erhält. Deshalb kann man an Serbien nur appellieren, sich zu besinnen, dass es eine Einheit – auch eine serbische Einheit – nur bei einer europäischen Einheit geben kann. Serbischer Großnationalismus wird sich in Europa nicht durchsetzen. Deshalb brauchen wir eine andere Perspektive in der serbischen Politik.

(C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Michael Brand [CDU/CSU] und Dr. Rainer Stinner [FDP])

Das führt dazu, dass wir über die Wölfe im Schafspelz reden müssen. Wir haben unter anderem von General Bühler aktuell gehört, dass manches, was als ethnische Identität dargestellt wird, im Grunde nur eine Verkleidung für Korruption und Mafia ist.

(Beifall der Abg. Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut! Der Mann weiß, wovon er redet!)

Das muss man dann allerdings schon so präzise benennen, damit deutlich wird, dass vernetzte Sicherheit neben der militärischen Komponente im zivilen Bereich vor allen Dingen eines gewährleisten muss: eine konsequente Strafverfolgung. Das ist die Voraussetzung für ein Sicherheitsgefühl, auf das die Menschen Anspruch haben. Nur wenn es gelingt, nach der militärischen Sicherheit auch juristische und polizeiliche Sicherheit zu gewährleisten, werden wir Erfolg dabei haben, den Menschen das Gefühl zu geben: Der staatliche Aufbau und die Rechtsstaatlichkeit machen Fortschritte.

(D)

Deshalb abschließend: Ja, die deutsche Außenpolitik bräuchte einen neuen Schwung. Wenn Sie die Debatten von heute Nachmittag Revue passieren lassen, dann erkennen Sie, dass in jeder Debatte ein ähnliches Element vorkam, nämlich die Kritik daran, dass unsere Außenpolitik orientierungslos geworden ist und dass sie eben nicht die klaren Perspektiven bietet, die nötig wären. Das gilt auch im Zusammenhang mit Bosnien-Herzegowina und dem westlichen Balkan.

Deshalb ermutigen wir Sie von der Union: Machen Sie Ihrem Koalitionspartner Dampf, solange das noch notwendig ist. Es werden andere Zeiten kommen,

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Das kann aber lange dauern!)

in denen die Außenpolitik nach innen und außen wieder verlässlich und Berechenbarkeit ein Gütesiegel dieser Politik wird.

(Beifall bei der SPD)

**(A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Philipp Mißfelder hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Philipp Mißfelder (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich auf unsere Verantwortung hinweisen – auch Kollege Stinner hat dies sehr eindringlich getan –, die wir bei dieser Entscheidung haben. Vor 16 Jahren ereignete sich das eigentlich für unmöglich Gehaltene mitten in Europa, nämlich dass wir Krieg und Zerstörung nach so langer Zeit wieder in Europa akzeptieren mussten.

(Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir mussten es nicht akzeptieren, wir haben es akzeptiert!)

– Wir wollten es nicht akzeptieren. Dies alles hat trotzdem vor unserer Haustür stattgefunden, und zwar wegen der Unfähigkeit der europäischen Gemeinschaft, dieses Problem in Europa zu lösen.

Deshalb muss man natürlich an dieser Stelle sagen, dass auch nach so langer Zeit dem NATO-Einsatz und all denjenigen ein großer Dank gebührt, die überhaupt bereit gewesen sind, vor allem die Amerikaner, die Verantwortung, der wir Europäer allein nicht gerecht geworden sind, zu übernehmen und letztendlich für Frieden und Sicherheit in Europa zu sorgen.

**(B)**

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Problem und damit auch die größte Herausforderung für die Zukunft sind natürlich, einen dauerhaften Frieden in Europa zu implementieren. Dazu gehört auch diese Region, selbst wenn die Länder im Westbalkan nicht Teil der Europäischen Union sind. Wir müssen sowohl politisch als auch wirtschaftlich dort, wo es notwendig ist, sehr viel Engagement daransetzen. Wir sprechen in diesem Rahmen auch über ein militärisches Mandat, um durch das militärische Engagement deutlich zu machen, dass wir als Europäische Union ein großes Interesse daran haben, diese Probleme vor unserer Haustür – nein, eigentlich in Europa – selbst zu lösen.

Es ist seit 1995 sehr viel Erfreuliches passiert. Slowenien ist 2004 Mitglied der EU geworden, Kroatien steht nach dem aktuellen Fortschrittsbericht vor einer Aufnahme. Die Länder des westlichen Balkans, auch Bosnien und Herzegowina, sehen ihre Zukunft eindeutig in Europa. Die EU ist für Bosnien und Herzegowina der mit Abstand wichtigste Handelspartner. Diese Länder dauerhaft an uns zu binden, ist natürlich ein viel wichtigerer Schritt als das militärische Engagement, auf das wir auch nicht den Schwerpunkt legen, selbst wenn wir hier über ein Mandat der Bundeswehr diskutieren. Es ist hier schon sehr deutlich geworden – auch durch die Beiträge der Vertreter der Koalitionsfraktionen –, dass wir eine politische Lösung anstreben und dass das militäri-

sche Engagement nur eine Komponente der größeren politischen Lösung sein soll. **(C)**

Die Operation Althea der EUFOR ist die bislang größte militärische Operation der Europäischen Union. Der Einsatz ist durch das Völkerrecht legitimiert und vom Sicherheitsrat mandatiert. Althea ist ein Einsatz mit großer Verantwortung. Die größte Kontingenzstärke der Bundeswehr betrug 1 139 Soldaten. 2007 beschlossen die EU-Verteidigungsminister, die Truppenstärke in vier Stufen von 6 000 Soldaten auf die heutige Gesamtstärke von 2 000 Mann zu verringern, was zunächst einmal eine gute Entwicklung ist. Nichtsdestotrotz, gerade auch aus aktuellem Anlass im Zusammenhang mit anderen Mandaten, bleibt diese Region eine große, auch militärische Herausforderung. Deshalb ist dieses Mandat auch weiterhin notwendig.

Ich möchte auch bei dieser nicht einfachen Mission – auch wenn sie nicht vergleichbar ist mit anderen aktuellen Einsätzen der Bundeswehr –, wie es eigentlich immer bei diesen Debatten der Fall sein sollte, den Bundeswehrangehörigen, den Frauen und Männern der deutschen Bundeswehr, gerade jetzt in der Adventszeit herzlich für ihren großen Einsatz danken, den sie im Rahmen dieser EUFOR-Mission leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was tun die Männer und Frauen der Bundeswehr, was tun wir in Bosnien-Herzegowina im Rahmen von Althea? Sie sorgen für die Einhaltung des Friedensvertrages von Dayton. Sie stellen sicher, dass sich internationale Organisationen und NGOs in Bosnien frei bewegen können, um ihre Arbeit zu tun, und sie überwachen die Einhaltung des Rüstungskontrollabkommens. All das sind keine einfachen Aufgaben. **(D)**

Dies entbindet nicht davon, politisch auch weiterhin aktiv zu sein und daran zu arbeiten, dass sich gerade auch im zivilen Bereich Strukturen herausbilden können, die dauerhaft selbst und eigenständig für eine funktionierende Polizei und für Militärstrukturen sorgen können. Dazu gibt es natürlich nach wie vor große offene Fragen, die wir auch diskutieren müssen. Außerhalb dieses Mandats geht es natürlich darum, welche Möglichkeiten die Europäische Union überhaupt hat, dort stabilisierend einzugreifen und auf welche Strukturen und Institutionen man sich überhaupt verlassen kann.

Unser Kompass ist dabei klar: Wir übernehmen Verantwortung für Frieden und Sicherheit in Europa und wollen das auch weiterhin tun. Wir arbeiten an einem stabilen und sicheren Bosnien. Wir wollen vor diesem Hintergrund zwar diesen militärischen Beitrag so schnell es geht beenden, aber da er zurzeit noch notwendig ist, wird unsere Fraktion heute für eine Verlängerung dieses Einsatzes stimmen.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Kollege, möchten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Marieluise Beck zulassen?

(A) **Philipp Mißfelder** (CDU/CSU):  
Nein. Ich bin schon fertig.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Es wäre jetzt eine Kurzintervention möglich.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Sie hat doch gleich noch das Wort!)

**Marieluise Beck** (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nein, keine Kurzintervention.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Dann gebe ich der Kollegin Annette Groth für die Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

**Annette Groth** (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal soll der Einsatz deutscher Streitkräfte in Bosnien verlängert werden. 6,8 Millionen Euro sollen im nächsten Jahr für diesen sinnlosen Einsatz ausgegeben werden. Während andere europäische Staaten ihre Truppen abziehen, will die Bundesregierung ein Mandat für den Einsatz von 800 Soldaten.

(B) Dieser Militäreinsatz ist nicht nur sicherheitspolitisch fragwürdig. Viele unabhängige Beobachter meinen sogar, er blockiere geradezu jeglichen politischen Fortschritt.

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Wer sagt das?)

Nehmen Sie sich ein Beispiel an anderen europäischen Staaten! Ziehen Sie endlich die deutschen Truppen vom Balkan ab!

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linke steht im Gegensatz zu allen anderen Fraktionen für die Beendigung dieses Einsatzes.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Lage in Bosnien-Herzegowina ist katastrophal. Daran haben auch die deutschen Truppen nichts geändert. Es ist verheerend, welche Signale die deutsche Balkanpolitik aussendet. Ihre völkerrechtswidrige Anerkennung der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo fällt in Bosnien auf fruchtbaren Boden. Mit dieser Anerkennung haben Sie kroatischen, serbischen und bosniakischen Nationalisten in Bosnien geradezu in die Hände gespielt. Die Linke dagegen steht gegen diese völkerrechtswidrige Anerkennungspolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Politik schürt immer nur neue Konflikte. Mit welchem Recht wollen Sie dem Anspruch der bosnischen Serben oder der serbischen Kosovaren auf einen eigenen Staat entgegengetreten, wenn Sie gleichzeitig die

einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo anerkennen? (C)

(Philipp Mißfelder [CDU/CSU]: Das haben Sie immer noch nicht verstanden!)

Es ist auch beschämend, dass die Bundesregierung nichts, aber auch gar nichts für den sozialen Zusammenhalt von Bosnien-Herzegowina getan hat. Statt beispielsweise einen öffentlichen Dienst in Bosnien zu fördern, der diesen Namen auch verdient, wurde eine Privatisierungspolitik gefördert, von der vor allem die nationalistischen Kräfte aller Seiten profitiert haben. Die Linke steht gegen diese Förderung des Nationalismus. Es ist ein Skandal, dass von den Milliarden an Hilfsgeldern für Bosnien so wenig bei der Bevölkerung ankommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie beschwören in Bosnien geradezu das völkerrechtliche Prinzip der territorialen Integrität, welches Sie zugleich im Kosovo mit Füßen treten. Sie warnen vor Separatisten und ethnischen Einzelinteressen in Bosnien und lassen keine Gelegenheit aus, um sich über die UN-Resolution 1244 oder die souveränen Grenzen Serbiens hinwegzusetzen, notfalls auch durch Gewaltanwendung der KFOR oder durch tatkräftige Unterstützung der Polizisten von EULEX.

Die Linke steht dagegen für die Verteidigung des Völkerrechts.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Philipp Mißfelder [CDU/CSU]: Da müssen Sie selber lachen!) (D)

Die Linke kämpft gegen Ihre Politik der doppelten Standards,

(Philipp Mißfelder [CDU/CSU]: Doppelte Standards machen Sie sonst nur gegenüber Israel!)

die schon so viel Unheil angerichtet hat. Die Linke ist auch gegen eine Politik der militärischen Lösungen und der Militärprotektorate. Deshalb lehnen wir diesen Bundeswehreinsatz ab.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Brand [CDU/CSU]: Wissen Sie eigentlich, wie viele Soldaten die Bundeswehr dorthin entsendet?)

Während Sie gegenüber Serbien die Anerkennung der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo zur Bedingung für einen EU-Beitritt machen, hofieren Sie mutmaßliche Kriegsverbrecher, wie diese Woche im Bundestag den Chef einer kosovarischen Todesschwadron, Xhavit Haliti.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Wer war denn eigentlich damals bei Milosevic?)

Was wollen Sie den Menschen auf dem Balkan damit signalisieren?

Ich komme zum Schluss.

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Gott sei Dank!)

Annette Groth

- (A) Die deutsche Balkanpolitik nach dem Prinzip „Teile und herrsche!“ ist an Heuchelei nicht zu überbieten. Die Linke will, dass deutsche Außenpolitik endlich wieder Friedenspolitik wird. Setzen Sie dafür ein Zeichen! Ziehen Sie die Bundeswehr aus Bosnien ab! Beenden Sie Ihre Politik der doppelten Standards!

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Marieluise Beck hat jetzt das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

**Marieluise Beck** (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bitte gestatten Sie mir, eine Minute über ein anderes Land zu sprechen, bevor wir zu Bosnien kommen, nämlich über Belarus. Gestern sind in Minsk gegenüber Dmitrij Konowalow und Wladislaw Kowaljow Todesurteile ergangen, von denen wir nicht wissen, ob sie nicht vielleicht schon heute vollstreckt worden sind – zwei Todesurteile nach völlig zweifelhaften Prozessen nach einem ominösen Anschlag in der U-Bahn im vergangenen Frühjahr, von dem niemand weiß, ob die Spuren nicht eher zum KGB und in den Präsidentenpalast führen als zu diesen beiden Männern. Es gibt niemanden, der irgendeine Verbindung zu diesen beiden jungen Männern hat, die nach zwölf Stunden gestanden haben sollen.

- (B) Ich möchte zunächst meinem Entsetzen über dieses Urteil Ausdruck verleihen, gegen das keine Revision zugelassen wurde, und außerdem von dieser Stelle für den Deutschen Bundestag Präsident Lukaschenko dringlich auffordern, von den Hinrichtungen abzusehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Nun zu Bosnien: Wir sprechen heute über ein Mandat. Auch die Grünen werden der Verlängerung dieses Mandates, das immer mehr auch eine symbolische Funktion bekommt, zustimmen. Ich möchte aber auch auf die Stimmen aus Bosnien selber hinweisen, die uns davor warnen, dass wir zugunsten der innenpolitischen Botschaft, dass wir ein Mandat zu Ende bringen können, darüber hinwegsehen, dass die Situation krisenhafter ist, als wir es manchmal wahrhaben wollen. Das ist in etwa das, was ich schon vor einem Jahr gesagt habe. Der Kosovo zeigt uns, wie schnell in einer Situation, die wir für einigermaßen beruhigt halten, der Konflikt wieder aufbrechen kann. Insofern ist das Vorhalten einer gewissen Zahl militärischer Kräfte durchaus sinnvoll.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wichtiger aber ist es, über die Politik in dem Land und über das zu sprechen, was notwendig ist. Wir hören ständig, es gehe um vermeintliche Konflikte zwischen drei Ethnien. Das erzählen uns vor allem immer wieder diejenigen, die von genau diesem Narrativ leben: die

Führer der nationalistischen Parteien bzw. diejenigen, die nur davon leben, zu reklamieren, dass ihre Ethnie aus Angst vor der anderen Ethnie Schutz durch eine eigene Entität und durch eigene Staatsstrukturen brauche. Diese könnten deshalb niemals akzeptieren, dass es gemeinsame gesamtstaatliche Strukturen geben könnte. Denn das würde bedeuten, dass ihre Ethnie wieder untergebettert würde und nicht mehr zum Zuge käme.

Wir sind gerade in Cadenabbia mit Vertretern dieser Parteien zusammengetroffen. Mich beschleicht zunehmend das Gefühl, dass wir aufhören müssen, immer wieder denen eine Bühne zu geben, die von genau diesem Narrativ leben. Die Macht dieser selbsternannten ethnischen Führer liegt darin, dass sie Nationalismus propagieren und damit darüber hinweggehen, dass es in Bosnien viele Menschen gibt, die sich nicht ethnisch zuordnen wollen und dies auch nicht können, weil sie gar keiner Ethnie angehören. Ich glaube, wir wären gut beraten, endlich den Kräften unsere Aufmerksamkeit zu schenken, die sich aus dem Würgegriff des Nationalismus befreien wollen, und ihnen zu sagen, dass Europa keine weiteren Grenzen bedeutet, sondern dass es Vielfalt in demokratischen Staaten mit Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger statt ethnischer Zuordnung, verbunden sogar mit dem Recht, sich gar keiner Ethnie oder Religion zuzuordnen, und natürlich auch die Überwindung nationaler Grenzen bedeutet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

(D) Ich habe gestern Vertreter der Initiative K 143 getroffen. Sie heißt K 143, weil sie aus NGOs besteht, die für die 143 bosnischen Kommunen stehen. Ihre Mitglieder interessieren sich nicht mehr für diese Debatte der ethnischen Führer; vielmehr fordern sie den Aufbau kommunaler Strukturen und von Institutionen, die Entscheidungen fällen, wirtschaftliche Entwicklung und den Wiederaufbau der Landwirtschaft und Ausbildungsmöglichkeiten und Perspektiven für ihre Jugend. Sie wollen also eine gesamtstaatliche Funktionalität und keinen ethnischen Nationalismus, verbunden mit dem Zwang, sich zu definieren. Das ist die Zukunft Bosniens. Auf diese jungen Leute sollte die Europäische Union ihr Augenmerk richten und nicht auf die nationalistischen Führer.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt noch ein Wort zum OHR, weil alle auf diesen Dauerbrenner, die entsprechende Debatte zwischen Herrn Stinner und mir, warten. Es ist richtig, dass die Performance des OHR nicht immer überzeugend ist. Aber es sollte uns doch stutzig machen, dass es gerade die Separatisten, Präsident Dodik und Herr Mitrovic, sind, die die Auflösung des OHR fordern, und nicht die jungen Leute von der Initiative K 143. Genau das sollte uns wirklich stutzig machen. Was haben wir denn noch in der Hand, wenn der OHR nicht mehr existiert, wenn wir – wie es die deutsche Diplomatie anstrebt – ihn „weghauen“ und wir dann nichts mehr über die „Bonn Powers“ durchsetzen können?

(A) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**  
Frau Kollegin.

**Marieluise Beck** (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Was wollen wir tun, wenn zum Beispiel Herr Dodik, wie angekündigt, ein Referendum durchführt?

(Beifall des Abg. Michael Brand [CDU/CSU])

Ich warne vor dieser risikoreichen Strategie. Lassen Sie uns nicht etwas „weghauen“, bevor wir eine gute und überzeugende Alternative haben. An dem Punkt sind wir noch nicht.

Schönen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Jetzt hat der Kollege Peter Beyer für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Peter Beyer** (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz oder auch gerade wegen der Routine, die bei der alljährlichen Debatte über die Verlängerung des Althea-Mandats eingeleitet ist, bleibt es geboten und unsere Aufgabe, die Notwendigkeit der weiteren Beteiligung an diesem Einsatz immer wieder aufs Neue zu hinterfragen und auch neu zu begründen. Denn unser Ziel muss es sein, dass die Operation Althea keine Dauereinrichtung wird. Es sollte absehbar das Jahr kommen, in dem eine weitere Mandatsverlängerung entbehrlich wird und wir uns eine Debatte, wie wir sie heute führen, ersparen können.

Staatssekretär Kossendey hat an dieser Stelle vor drei Wochen den sicherheitspolitischen Rahmen für diesen Einsatz ausführlich skizziert und begründet. Das möchte ich hier jetzt nicht wiederholen. Ich erlaube mir einerseits, das bisher Erreichte kurz zu bilanzieren, und andererseits, auch einen Blick nach vorn zu werfen.

Welche Situation treffen wir heute also in Bosnien und in Herzegowina an? Was hat die Operation Althea erreicht? Kurz: Wo stehen wir?

Um einen sogenannten Frozen Conflict handelt es sich bei dem Konflikt in Bosnien-Herzegowina glücklicherweise nicht. Denn die militärische Karte ist für keine der im Land Einfluss ausübenden Gruppen eine Option. Das ist zu einem erheblichen Anteil ein Erfolg der EU, die sich nachhaltig engagiert und um Krisenbewältigung, Stabilitätstransfer und Konfliktbewältigung gekümmert hat. Dennoch ist die Lage im Land kompliziert, politisch instabil und auch festgefahren. In der Auseinandersetzung zwischen den Gruppen und Lagern dominiert kraftvolle Rhetorik.

Der Frieden selbst kann in Bosnien-Herzegowina nur von innen heraus wachsen. So weit ist das Land heute,

auch 16 Jahre nach Kriegsende, leider immer noch nicht. (C)  
Innere Zerrissenheit und ethnische Spannungen gehören nach wie vor nicht der Vergangenheit an. Bis heute konnten über 100 000 Flüchtlinge nicht in ihre Heimatorte zurückkehren. Die Kriegszeit, die ethnischen Säuberungen – ein unschönes Wort –, die Not in den Flüchtlingslagern – all das ist immer noch sehr präsent.

Das gesellschaftliche Gefüge in Bosnien-Herzegowina ist noch heute zuweilen sehr schwierig. Das zeigt exemplarisch der bisher gescheiterte Versuch der Akademie der Wissenschaften und Künste in Sarajevo, ein viersprachiges Lehrbuchprojekt voranzubringen, an dem 20 Autoren aus drei verschiedenen Ländern mitarbeiten.

Ziel dieses Vorhabens ist es, die wunden Punkte der zuvor unter einem Dach lebenden Völker durch Dialog zu überwinden. Bisher haben die Bildungsministerien der Nachfolgestaaten Jugoslawiens Schulbücher immer nur dann genehmigt, wenn sie ihre eigene völkische Identität bestätigten. Objektive Geschichtsforscher haben es daher nach wie vor schwer, gegen die verbreitete Erhöhung der eigenen Nationalität anzukämpfen.

Noch wird Althea also in Bosnien-Herzegowina gebraucht. Auch wenn die Kontingente sehr viel kleiner werden: Die Mission behält eine erhebliche symbolische Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger des Landes. Sie manifestiert das Interesse der Staatengemeinschaft, die Präsenz zeigt und sich engagiert.

Meine Damen und Herren, die Frauen und Männer der Bundeswehr erledigen ihre wichtigen Aufgaben sehr gut. Gerade die Bundeswehrangehörigen genießen im Land – das hört man in den Gesprächen immer wieder – einen hervorragenden Ruf. Darauf können und dürfen sie stolz sein, und ihnen gebührt unser aller Dank. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wie geht es nun weiter in Bosnien-Herzegowina? Welchen Weg wird das 4,5-Millionen-Einwohner-Land auf dem westlichen Balkan nehmen? Das liegt – wie könnte es anders sein? – zuvörderst in den Kräften vor Ort. Nur sie selbst können wirkliche und nachhaltige Fortschritte erzielen. Wir können sie dabei begleiten. Zukunftsfest müssen sie das Land selbst machen. Die politischen Eliten sind dabei gefordert, eine gemeinsame Haltung zu entwickeln; denn bisher endet die politische Blockade immer erst dann, wenn das Büro des Hohen Repräsentanten eine Entscheidung auferlegt. Diese Praxis stellt keine tragfähige Strategie da. Im Gegenteil: Die politischen Akteure sehen es nur zu gern, wenn ihnen der Hohe Repräsentant die unpopuläre Kompromiss-suche abnimmt.

Aus unserer Sicht ist und bleibt es daher wünschenswert, dass am Ende des Prozesses die Mitgliedschaft Bosnien-Herzegowinas in der Europäischen Union steht. Man kann allerdings zuweilen Zweifel daran haben, ob die maßgeblichen politischen Kräfte des Landes noch ernsthaft hinter dem Projekt EU-Beitrittsperspektive stehen. Dass der Beitritt allerdings baldmöglichst erfolgen sollte, sehen wir so nicht. Bosnien-Herzegowina muss die Effizienz seiner Strukturen und der bisher komple-

**Peter Beyer**

- (A) xen Entscheidungsverfahren erheblich verbessern. Denn am Ende des Tages gelten für Bosnien-Herzegowina wie übrigens für alle anderen EU-Beitrittsaspiranten die gleichen Kriterien: Kein Beitrittsland darf zeitlich bevorzugt werden. Einen EU-Beitritt gibt es nur bei strikter und vollständiger Erfüllung sämtlicher Kriterien. – Das ist die Voraussetzung. Es gilt der Leitsatz: Wer beitrifft, muss beitragen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Althea. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/7997, den Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 17/7577 anzunehmen. Wir stimmen nun über die Beschlussempfehlung namentlich ab. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen.

Sind alle Plätze an den Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das noch keine Möglichkeit hatte, seine Stimmkarte abzugeben? – Das ist nicht der Fall. Nachdem nun auch die letzte Urne gefüllt ist, schließe ich die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis wird Ihnen später bekannt gegeben.<sup>1)</sup>

- (B)

(C)

(D)

<sup>1)</sup> Ergebnis Seite 17423 C

(A)		(C)		
<p><b>Endgültiges Ergebnis</b></p> <p>Abgegebene Stimmen: 535; davon</p> <p>ja: 469 nein: 59 enthalten: 7</p> <p><b>Ja</b></p> <p><b>CDU/CSU</b></p> <p>Ilse Aigner Peter Altmaier Peter Aumer Thomas Bareiß Norbert Barthle Günter Baumann Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) Manfred Behrens (Börde) Veronika Bellmann Dr. Christoph Bergner Peter Beyer Steffen Bilger Clemens Binninger Peter Bleser Wolfgang Börnsen (Bönstrup) Wolfgang Bosbach Norbert Brackmann Klaus Brähmig Michael Brand Dr. Reinhard Brandl Helmut Brandt Dr. Ralf Brauksiepe Heike Brehmer Ralph Brinkhaus Cajus Caesar Gitta Connemann Thomas Dörflinger Marie-Luise Dött Dr. Thomas Feist</p>	<p>Enak Ferlemann Ingrid Fischbach Hartwig Fischer (Göttingen) Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land) Dr. Maria Flachsbarth Klaus-Peter Flosbach Michael Frieser Erich G. Fritz Hans-Joachim Fuchtel Ingo Gädechens Dr. Thomas Gebhart Norbert Geis Alois Gerig Eberhard Gienger Michael Glos Josef Göppel Peter Götz Dr. Wolfgang Götzer Ute Granold Reinhard Grindel Michael Grosse-Brömer Markus Grübel Manfred Grund Monika Grütters Olav Gutting Florian Hahn Dr. Stephan Harbarth Jürgen Hardt Gerda Hasselfeldt Dr. Matthias Heider Helmut Heiderich Mechthild Heil Ursula Heinen-Esser Frank Heinrich Rudolf Henke Michael Hennrich Jürgen Herrmann Ansgar Heveling Ernst Hinsken Peter Hintze Christian Hirte Robert Hochbaum</p>	<p>Karl Holmeier Franz-Josef Holzenkamp Joachim Hörster Anette Hübinger Thomas Jarzombek Dieter Jasper Dr. Franz Josef Jung Andreas Jung (Konstanz) Dr. Egon Jüttner Bartholomäus Kalb Hans-Werner Kammer Alois Karl Bernhard Kaster Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) Volker Kauder Dr. Stefan Kaufmann Roderich Kiesewetter Eckart von Klaeden Ewa Klamt Volkmar Klein Jürgen Klimke Axel Knoerig Jens Koeppen Manfred Kolbe Hartmut Koschyk Michael Kretschmer Gunther Krichbaum Dr. Günter Krings Rüdiger Kruse Bettina Kudla Dr. Hermann Kues Günter Lach Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg) Andreas G. Lämmel Dr. Norbert Lammert Katharina Landgraf Ulrich Lange Dr. Max Lehmer Paul Lehrieder Dr. Ursula von der Leyen Ingbert Liebing</p>	<p>Matthias Lietz Dr. Carsten Linnemann Patricia Lips Dr. Jan-Marco Luczak Daniela Ludwig Dr. Michael Luther Karin Maag Dr. Thomas de Maizière Hans-Georg von der Marwitz Andreas Mattfeldt Stephan Mayer (Altötting) Dr. Michael Meister Maria Michalk Dr. h. c. Hans Michelbach Dr. Mathias Middelberg Philipp Mißfelder Dietrich Monstadt Marlene Mortler Dr. Gerd Müller Dr. Philipp Murmann Bernd Neumann (Bremen) Michaela Noll Dr. Georg Nüßlein Franz Obermeier Eduard Oswald Henning Otte Dr. Michael Paul Rita Pawelski Ulrich Petzold Dr. Joachim Pfeiffer Sibylle Pfeiffer Beatrix Philipp Ronald Pofalla Christoph Poland Eckhard Pols Eckhardt Rehberg Lothar Riebsamen Josef Rief Klaus Riegert Dr. Heinz Riesenhuber Johannes Röring Dr. Norbert Röttgen Dr. Christian Ruck</p>	<p>(D)</p>

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt**

- |     |   |   |  |   |     |
|-----|---|---|--|---|-----|
| (A) | Erwin Rüdell<br>Albert Rupprecht (Weiden)<br>Anita Schäfer (Saalstadt)<br>Dr. Andreas Scheuer<br>Karl Schiewerling<br>Norbert Schindler<br>Tankred Schipanski<br>Georg Schirmbeck<br>Christian Schmidt (Fürth)<br>Patrick Schnieder<br>Dr. Andreas Schockenhoff<br>Nadine Schön (St. Wendel)<br>Dr. Kristina Schröder<br>Dr. Ole Schröder<br>Bernhard Schulte-Drüggele<br>Uwe Schummer<br>Armin Schuster (Weil am Rhein)<br>Johannes Selle<br>Reinhold Sendker<br>Dr. Patrick Sensburg<br>Bernd Siebert<br>Thomas Silberhorn<br>Johannes Singhammer<br>Jens Spahn<br>Carola Stauche<br>Dr. Frank Steffell<br>Erika Steinbach<br>Christian Freiherr von Stetten<br>Dieter Stier<br>Gero Storjohann<br>Stephan Stracke<br>Max Straubinger<br>Karin Strenz | Sören Bartol<br>Bärbel Bas<br>Dirk Becker<br>Gerd Bollmann<br>Klaus Brandner<br>Bernhard Brinkmann (Hildesheim)<br>Edelgard Bulmahn<br>Marco Bülow<br>Petra Crone<br>Martin Dörmann<br>Elvira Drobinski-Weiß<br>Garrelt Duin<br>Ingo Eglöff<br>Siegmund Ehrmann<br>Dr. h. c. Gernot Erler<br>Petra Ernstberger<br>Karin Evers-Meyer<br>Elke Ferner<br>Gabriele Fograscher<br>Dr. Edgar Franke<br>Dagmar Freitag<br>Michael Gerdes<br>Martin Gerster<br>Iris Gleicke<br>Günter Gloser<br>Ulrike Gottschalck<br>Angelika Graf (Rosenheim)<br>Kerstin Griese<br>Michael Groschek<br>Michael Groß<br>Wolfgang Gunkel<br>Hans-Joachim Hacker<br>Bettina Hagedorn<br>Klaus Hagemann<br>Michael Hartmann (Wackernheim)<br>Hubertus Heil (Peine)<br>Rolf Hempelmann<br>Gustav Herzog<br>Gabriele Hiller-Ohm<br>Frank Hofmann (Volkach)<br>Dr. Eva Högl<br>Christel Humme<br>Josip Juratovic<br>Oliver Kaczmarek<br>Johannes Kahrs<br>Ulrich Kelber<br>Lars Klingbeil<br>Hans-Ulrich Klose<br>Dr. Bärbel Kofler<br>Daniela Kolbe (Leipzig)<br>Fritz Rudolf Körper<br>Anette Kramme<br>Nicolette Kressl<br>Angelika Krüger-Leißner<br>Ute Kumpf<br>Christine Lambrecht<br>Christian Lange (Backnang)<br>Dr. Karl Lauterbach<br>Steffen-Claudio Lemme<br>Burkhard Lischka<br>Kirsten Lühmann<br>Caren Marks<br>Katja Mast<br>Petra Merkel (Berlin)<br>Ullrich Meßmer<br>Dr. Matthias Miersch | Franz Müntefering<br>Dr. Rolf Mützenich<br>Manfred Nink<br>Thomas Oppermann<br>Heinz Paula<br>Johannes Pflug<br>Dr. Wilhelm Priesmeier<br>Florian Pronold<br>Dr. Sascha Raabe<br>Mechthild Rawert<br>Stefan Rebmann<br>Gerold Reichenbach<br>Dr. Carola Reimann<br>Sönke Rix<br>René Röspel<br>Dr. Ernst Dieter Rossmann<br>Karin Roth (Esslingen)<br>Michael Roth (Heringen)<br>Marlene Rupprecht (Tuchenbach)<br>Axel Schäfer (Bochum)<br>Marianne Schieder (Schwandorf)<br>Werner Schieder (Weiden)<br>Ulla Schmidt (Aachen)<br>Silvia Schmidt (Eisleben)<br>Carsten Schneider (Erfurt)<br>Ottmar Schreiner<br>Swen Schulz (Spandau)<br>Ewald Schurer<br>Frank Schwabe<br>Rolf Schwanitz<br>Stefan Schwartz<br>Rita Schwarzelühr-Sutter<br>Sonja Steffen<br>Dr. Frank-Walter Steinmeier<br>Christoph Strässer<br>Kerstin Tack<br>Dr. h. c. Wolfgang Thierse<br>Franz Thönnies<br>Wolfgang Tiefensee<br>Rüdiger Veit<br>Ute Vogt<br>Dr. Marlies Volkmer<br>Andrea Wicklein<br>Heidemarie Wieczorek-Zeul<br>Dr. Dieter Wiefelspütz<br>Uta Zapf<br>Dagmar Ziegler<br>Manfred Zöllmer<br>Brigitte Zypries | Helga Daub<br>Dr. Bijan Djir-Sarai<br>Patrick Döring<br>Rainer Erdel<br>Jörg van Essen<br>Ulrike Flach<br>Otto Fricke<br>Dr. Edmund Peter Geisen<br>Heinz Golombek<br>Miriam Grub<br>Joachim Günther (Plauen)<br>Dr. Christel Happach-Kasan<br>Heinz-Peter Hauste<br>Manuel Höferlin<br>Birgit Homburger<br>Dr. Werner Hoyer<br>Heiner Kamp<br>Michael Kauch<br>Dr. Lutz Knopek<br>Pascal Kober<br>Dr. Heinrich L. Kolb<br>Gudrun Kopp<br>Dr. h. c. Jürgen Koppelin<br>Sebastian Körber<br>Holger Krestel<br>Patrick Kurth (Kyffhäuser)<br>Heinz Lanfermann<br>Sibylle Laurischk<br>Harald Leibrecht<br>Sabine Leutheusser-Schnarrenberger<br>Lars Lindemann<br>Dr. Martin Lindner (Berlin)<br>Dr. Erwin Lotter<br>Oliver Luksic<br>Horst Meierhofer<br>Patrick Meinhardt<br>Gabriele Molitor<br>Jan Mücke<br>Petra Müller (Aachen)<br>Burkhardt Müller-Sönksen<br>Dr. Martin Neumann (Lausitz)<br>Hans-Joachim Otto (Frankfurt)<br>Cornelia Pieper<br>Gisela Piltz<br>Dr. Christiane Ratjen-Damerau<br>Dr. Birgit Reinemund<br>Dr. Peter Röhlinger<br>Dr. Stefan Ruppert<br>Björn Sänger<br>Christoph Schnurr<br>Jimmy Schulz<br>Marina Schuster<br>Dr. Erik Schweickert<br>Werner Simmling<br>Judith Skudelný<br>Dr. Hermann Otto Solms<br>Joachim Spatz<br>Dr. Max Stadler<br>Torsten Staffeldt<br>Dr. Rainer Stinner<br>Stephan Thoma<br>Florian Toncar<br>Serkan Tören | (C) |
| (B) | Lena Strothmann<br>Michael Stübgen<br>Dr. Peter Tauber<br>Antje Tillmann<br>Dr. Hans-Peter Uhl<br>Arnold Vaatz<br>Volkmar Vogel (Kleinsaara)<br>Stefanie Vogelsang<br>Andrea Astrid Voßhoff<br>Dr. Johann Wadephul<br>Marco Wanderwitz<br>Kai Wegner<br>Marcus Weinberg (Hamburg)<br>Peter Weiß (Emmendingen)<br>Sabine Weiss (Wesel I)<br>Ingo Wellenreuther<br>Karl-Georg Wellmann<br>Peter Wichtel<br>Annette Widmann-Mauz<br>Klaus-Peter Willsch<br>Elisabeth Winkelmeier-Becker<br>Dr. Matthias Zimmer<br>Wolfgang Zöllner<br>Willi Zylajew  |   |  | (D)   |     |
|     | <b>SPD</b><br>Ingrid Arndt-Brauer<br>Rainer Arnold<br>Heinz-Joachim Barchmann<br>Doris Barnett<br>Dr. Hans-Peter Bartels<br>Klaus Barthel   |   | <b>FDP</b><br>Jens Ackermann<br>Christian Ahrendt<br>Christine Aschenberg-Dugnus<br>Daniel Bahr (Münster)<br>Florian Bernschneider<br>Sebastian Blumenthal<br>Claudia Bögel<br>Nicole Bracht-Bendt<br>Klaus Breil<br>Rainer Brüderle<br>Angelika Brunkhorst<br>Ernst Burgbacher<br>Marco Buschmann<br>Sylvia Canel   |   |     |

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt**

- |     |  |   |  |  |     |
|-----|--|---|--|--|-----|
| (A) | Johannes Vogel<br>(Lüdenscheid)<br>Dr. Daniel Volk<br>Dr. Claudia Winterstein<br>Dr. Volker Wissing<br>Hartfrid Wolff (Rems-Murr)  | Stephan Kühn<br>Renate Künast<br>Markus Kurth<br>Dr. Tobias Lindner<br>Nicole Maisch<br>Agnes Malczak<br>Jerzy Montag<br>Kerstin Müller (Köln)<br>Ingrid Nestle<br>Dr. Konstantin von Notz<br>Omid Nouripour<br>Friedrich Ostendorff<br>Dr. Hermann E. Ott<br>Lisa Paus<br>Brigitte Pothmer<br>Tabea Rößner<br>Krista Sager<br>Manuel Sarrazin<br>Elisabeth Scharfenberg<br>Dr. Frithjof Schmidt<br>Dorothea Steiner<br>Dr. Harald Terpe<br>Markus Tressel<br>Daniela Wagner<br>Wolfgang Wieland<br>Dr. Valerie Wilms<br>Josef Philip Winkler | Karin Binder<br>Matthias W. Birkwald<br>Christine Buchholz<br>Eva Bulling-Schröter<br>Dr. Martina Bunge<br>Roland Claus<br>Dr. Diether Dehm<br>Werner Dreibus<br>Klaus Ernst<br>Wolfgang Gehrcke<br>Nicole Gohlke<br>Diana Golze<br>Annette Groth<br>Dr. Gregor Gysi<br>Heike Hänsel<br>Dr. Rosemarie Hein<br>Dr. Barbara Höll<br>Andrej Hunko<br>Ulla Jelpke<br>Dr. Lukrezia Jochimsen<br>Harald Koch<br>Katrin Kunert<br>Caren Lay<br>Sabine Leidig<br>Ralph Lenkert<br>Michael Leutert<br>Stefan Liebich<br>Ulla Lötzer<br>Dr. Gesine Lötzsck<br>Thomas Lutze<br>Ulrich Maurer<br>Dorothee Menzner<br>Cornelia Möhring<br>Wolfgang Nešković<br>Thomas Nord<br>Petra Pau | Richard Pitterle<br>Yvonne Ploetz<br>Paul Schäfer (Köln)<br>Dr. Ilja Seifert<br>Raju Sharma<br>Dr. Petra Sitte<br>Kersten Steinke<br>Sabine Stüber<br>Alexander Süßmair<br>Dr. Kirsten Tackmann<br>Frank Tempel<br>Dr. Axel Troost<br>Alexander Ulrich<br>Kathrin Vogler<br>Johanna Voß<br>Halina Wawzyniak<br>Harald Weinberg<br>Katrin Werner<br>Jörn Wunderlich | (C) |
|     | <b>BÜNDNIS 90/<br/>DIE GRÜNEN</b><br>Marieluise Beck (Bremen)<br>Volker Beck (Köln)<br>Cornelia Behm<br>Viola von Cramon-Taubadel<br>Ekin Deligöz<br>Katja Dörner<br>Harald Ebner<br>Hans-Josef Fell<br>Dr. Thomas Gambke<br>Kai Gehring<br>Katrin Göring-Eckardt<br>Britta Haßelmann<br>Bettina Herlitzius<br>Priska Hinz (Herborn)<br>Dr. Anton Hofreiter<br>Bärbel Höhn<br>Ingrid Hönlinger<br>Uwe Kekeritz<br>Katja Keul<br>Memet Kilic<br>Sven-Christian Kindler<br>Ute Koczy<br>Tom Koenigs<br>Oliver Krischer | <b>Nein</b><br><b>DIE LINKE</b><br>Jan van Aken<br>Agnes Alpers<br>Dr. Dietmar Bartsch<br>Herbert Behrens   |  | <b>Enthalten</b><br><b>SPD</b><br>Petra Hinz (Essen)   |     |
| (B) | Agnes Krumwiede<br>Fritz Kuhn  |   |  | <b>BÜNDNIS 90/<br/>DIE GRÜNEN</b><br>Maria Klein-Schmeink<br>Sylvia Kotting-Uhl<br>Monika Lazar<br>Beate Müller-Gemmeke<br>Dr. Wolfgang Strengmann-<br>Kuhn<br>Hans-Christian Ströbele   | (D) |